bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 19 | 15. September 2004

Rechte Szene 2

"Kampf um die Parlamente"
Den Wahlkampf der NPD in Sachsen unterstützen verschiedene Spektren der extremen Rechten.

"Gegen Fremdbestimmung"
Mit sozialpolitischen Phrasen und fremdenfeindlchen Parolen geht die NPD auf Stimmenfang.

Der Mann an der Spitze
Sächsischer NPD-Landtagskandidat ist stolz darauf, ein Verfassungsfeind zu sein.

Provokationen
Neonazis am Brandenburger Tor / NPD will durch Kreuzberg marschieren.

"Unmöglich, die CD zu verteilen"
Die Betreiber der geplanten „Aktion Schulhof" kämpfen mit den Tücken des Systems.

Tiefe Grabenkämpfe
Das neonazistische Netzwerk in Bremen ist wegen Streitigkeiten gespalten. Die bekannte Hool-Band „Kategorie C" hat ihre Trennung bekannt gegeben.

"Kräftezerrendes Gegeneinander"
Funktionäre der Republikaner scheren sich nicht mehr um die von der Parteispitze verordnete Abgrenzung nach rechts.

Ausland 8

Ende einer Ära
Der Gründer der Aryan Nations ist verstorben.

"Heiliger Boden"
US-Rassisten huldigen den weißen Siedlern.

Demokratische Initiativen 9

Hilfestellung für die Helfer
Die Beratungsarbeit für Eltern rechtsextremer Kinder benötigt qualifizierte Unterstützung.

Herausragendes Engagement
Auszeichnung für Hilde Schramm.

Am Rande 10

"Führerwein"
Flaschen mit Hitler-Etikett sind Verkaufsschlager

Meldungen 11

Rechte Szene

"Kampf um die Parlamente"

Den Wahlkampf der NPD in Sachsen unterstützen verschiedene Spektren der extremen Rechten.

Die NPD hatte gerade das Verbotsverfahren überstanden, da kündigte ihr Vorsitzender Udo Voigt im Mai 2003 an, im Drei-Säulen-Konzept der Partei mit dem Kampf um die Straße, um die Parlamente und um die Köpfe die Schwerpunkte etwas zu verlagern: Für 2004 stehe ein verstärkter „Kampf um die Parlamente" auf der Tagesordnung. Bis vor einem Vierteljahr deutete kaum etwas darauf hin, dass dieser „Kampf" Aussicht auf Erfolg haben könnte. Im Juni aber wurden Beobachter hellhörig. Bei der Europawahl verdoppelte die NPD – wenn auch auf niedrigem Niveau – ihr Ergebnis. Bei den Kommunalwahlen am selben Tag gelang der Partei dort, wo sie über gefestigte Strukturen verfügt, nahezu mühelos der Einzug in die Parlamente. Anfang September erzielte sie im Saarland das beste Ergebnis bei einer Landtagswahl seit Jahrzehnten – und das in einer Region, in der sie über eine eher schwache Basis verfügt. 16 Monate nach Voigts Ankündigung signalisieren Meinungsumfragen, dass die NPD am 19. September in Sachsen erstmals nach 35 Jahren wieder in ein Landesparlament einziehen könnte.

Dabei weiß wohl auch Voigt, dass solch gute Aussichten kaum der eigenen Stärke der Partei zu verdanken sind, die im Laufe des Verbotsverfahrens noch einmal 1500 Mitglieder verlor und Ende 2003 gerade noch 5000 Kameraden in der Kartei hatte. Hartz IV und die Diskussion über Sozialeinschnitte treiben der NPD Wähler zu. „Wir sollten den Schöpfern dieser 'Reformen' dankbar dafür sein, dass sie es volkstreuen Parteien nun leichter machen, den Bürgern zu erklären, dass die Politik auf der ganzen Linie versagt hat", sagte der Parteichef Ende August in einem Interview mit der „Nationalzeitung". Dass Voigt im Blatt seines alten Kontrahenten Gerhard Frey, dem er noch im vorigen Jahr „die heuchlerische Maske vom Gesicht" reißen wollte, zu Wort kam, verweist auf einen zweiten Faktor für potenzielle Erfolge: die gemeinsame Erklärung von Voigt und Frey, die eine Konkurrenz ihrer Parteien bei den Wahlen in Sachsen und Brandenburg ausschloss. Sie macht auch jenen Mitgliedern und Anhängern wieder Mut, die angesichts der hoffnungslosen Zerstrittenheit im rechtsextremen Lager zu resignieren drohten.

Während sich Voigt in der „National-Zeitung" äußern durfte, erschien wenig später ein Interview mit Frey im NPD-Organ „Deutsche Stimme" (DS). „Seit jeher", versicherte der DVU-Chef darin treuherzig, sei er der Auffassung, dass „Wahlabsprachen sinnvoll sind und nach Möglichkeit nur eine nationale Partei antreten soll". Frey, der das „bisherige Parteiengefüge" bereits zerbrechen sieht: „Jeder Zweikampf zwischen DVU und NPD nützt herrschenden Kräften und schadet somit Deutschland." Die September-Ausgabe der DS zeigt exemplarisch, wie sich die Partei bemüht, die verschiedenen Spektren der extremen Rechten zumindest an der Wahlurne für sich zu gewinnen. Neben Frey kommt mit Thomas Wulff auch ein „Freier Nationalist" zu Wort. „Niemand sollte so tun, als ob ihn die kommenden Wahlen nichts angingen", wirbt er für die NPD: „Für die weiteren politischen Umbrüche in dieser Republik wäre es für uns alle von großer Hilfe, wenn die NPD wieder in einen Landtag einziehen würde." Dritter im Bunde der prominenten DS-Autoren beziehungsweise -Interviewpartner ist Franz Schönhuber. Obwohl nicht NPD-Anhänger, wie er betont, bescheinigt er den „mir bekannten Spitzenleuten der Partei – hier vor allem Udo Voigt, Holger Apfel und der Chef des saarländischen Landesverbandes, Peter Marx –, durchaus realitätsbezogen zu agieren und bei aller Prinzipientreue den Sinn für das jeweils Machbare nicht aus den Augen zu verlieren".

Wenige Tage vor der Sachsen-Wahl bescheinigen Meinungsforscher der NPD, Chancen auf den Einzug ins Dresdner Parlament zu haben. Voigt erwartet sogar ein zweistelliges Ergebnis. Populismus pur ist dabei angesagt. „Der Wähler, der heute die 'Schnauze voll' hat von Multikulti und Sozialabbau, kann wieder auf eine nationale Erneuerung Deutschlands hoffen", erklärte Voigt. Der Kampf um die Parlamente könne nun wieder mit Aussicht auf Erfolg geführt werden.

Tomas Sager

"Gegen Fremdbestimmung"

Mit sozialpolitischen Phrasen und fremdenfeindlchen Parolen geht die NPD auf Stimmenfang.

Nach Jahrzehnten scheint es den Demoskopen möglich, dass die NPD wieder in einen Landtag einzieht. Der Glaube daran ist auch in der Partei groß, die Bestrebungen sind hektisch. Die Sicherheitsverantwortlichen des Landtags in Dresden haben sich auf den 19. September vorbereitet. Wie vor fünf Jahren bestehe die große Wahrscheinlichkeit, dass die NPD in das Parlament einziehen könne. Damals erreichte die Neonazi-Partei aber nur 1,4 Prozent. Diesmal werden ihr bis zu 7 Prozent der Wählerstimmen prognostiziert, was etwa neun Abgeordnete bedeuten würde. Für den Wahlabend hat die NPD zehn Karten zum Betreten des Landtags bekommen.

Am Vormittag dröhnte die Musik am NPD-Wahlkampfstand in der Dresdner Innenstadt, mit gut hundert Meter Abstand zu Staatsschutz und Polizei. Die Musik stammt von der am Vorabend, dem 7. September, in Riesa wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Kennzeichen beschlagnahmten Wahlkampf-CD der NPD „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag!“ Mit als Faltblattverteiler dabei ist der Ex-„Aussteiger“ Christian Hehl, der sich in letzter Zeit häufiger vor Ort aufhält. Ob er mit Sascha Wagner und anderen eine NPD-Versammlung schützt oder ob er den Stadtrat des Nationalen Bündnisses Dresden, Holger Apfel, eskortiert, Hehl fällt auf.

Die ersten Auftritte im Dresdner Stadtrat, abgesichert von einer Schutztruppe aus Norddeutschland, hat das rechtsextreme Trio inzwischen hinter sich. Während NPD-Bundesvize und NB-Chef Apfel in der konstituierenden Sitzung, unter dem Toben seiner Anhänger auf der Gästetribüne, die Abschaffung des Ausländerbeirats gefordert hatte, reichte Hartmut Krien dieser Tage den Antrag ein, die angeblich 320 000 Euro Zuschüsse an die jüdische Gemeinde einer Kindertagesstätte zukommen zu lassen.

Die Voraussetzungen sind für die sächsische NPD tatsächlich günstig. Den unerwartet hohen Gewinnen bei den Europa-, insbesondere aber den Kommunalwahlen und der damit verbundenen finanziellen Ausstattung für die nächsten Jahre folgten die Wahlabsprache mit der DVU und die Absage der sächsischen Republikaner zur Wahl. Das Pressefest der „Deutschen Stimme“ am 7. August in Mücka war zumindest auch eine indirekte Werbeplattform für auswärtige Wahlkampfhelfer sowie für Spenden und Kredite für die sächsische NPD. Das Geld ist nötig, denn die Kasse ist fast leer. Allein das in Meißen gecharterte Flugzeug mit dem Banner „Wählt NPD!“, welches die letzten 14 Tage über dem Freistaat fliegen soll, kostet mehr als die Partei aus eigenen Mitteln erbringen könnte.

Auch der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt ist in Sachsen zugange, die Parteifunktionäre Sascha Rossmüller und Sascha Wagner führten eine knapp 70 Personen starke Montagsdemonstration in Riesa an. Der braune Barde Frank Rennicke tourte gar eine Woche durch’s Land. Und ständig sind Veranstaltungen: Anfang September von Freitag bis Sonntag in Döbeln zum „Tag der Sachsen“, Sonntag in Freiberg, drei Tage später in Dresden...

In der vierseitigen Wahlkampfschrift („Jetzt Protest: Wählen Sie NPD!“) ist unter anderem die Rede von „Firmenpleiten, Rentenklau, Billiglohnarbeiter, Arbeitsplatzexport, Steuergeldmissbrauch, Korruption ausländisches Sozialschmarotzertum ... Die Etablierten sind nicht in der Lage, die Probleme unseres Landes zu lösen (...)“. Man versucht, mit viele Zahlen einen seriösen, von Fakten unterlegten Eindruck zu machen. Mit Überschriften, die lauten: „Grenze dicht für Lohndrücker“, „Bittsteller im eigenen Land“ und „Rot-schwarzer Rentenklau!“ Die sozialpolitischen Maßnahmen gelten nur für Deutsche. Spitzenkandidat Holger Apfel bringt es auf den Punkt, es geht gegen „das Fremde“, wenn er schreibt: „Die NPD ist der organisierte Wille der Deutschen gegen Fremdbestimmung, Überfremdung, Globalisierung und kapitalistische Ausbeutung!“ Und ausgerechnet die NPD mokiert sich in Bezug auf Hartz IV über die Ein-Euro-Jobs „als Zwangsarbeit“. Aber schließlich will man bei der NPD „trotz Massenarbeitslosigkeit, Globalisieung und Massenzuwanderung ... auch in Zukunft frei und unbekümmert bekennen können. Wir sind stolz darauf, Deutsche zu sein!“.

Lukas Kilian

Der Mann an der Spitze

Sächsischer NPD-Landtagskandidat ist stolz darauf, ein Verfassungsfeind zu sein.

Holger Apfel „zählt heute zu den wichtigsten Schlüsselpersonen des Parteivorstandes“ verkündete der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt im Jahr 1999. Zwischenzeitlich ist Apfel, frischgebackener Stadtrat in Dresden, zum stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden, Chefredakteur des Parteiblattes „Deutsche Stimme“ und Geschäftsführer des Deutsche Stimme Verlags aufgestiegen. Für die sächsische NPD kandidiert er als Spitzenkandidat im Landtagswahlkampf.

Der politische Werdegang des aus Hildesheim stammenden Verlagskaufsmanns Apfel begann beim rechtsextremen Studentenbund Schlesien und führte ihn zu den Jungen Nationaldemokraten (JN) und zur NPD, der er 1989 beitrat. 1990 wurde er Vorsitzender der JN in Niedersachsen, von 1994 bis 1999 war er JN-Bundesvorsitzender. 1990 bis 1997 gehörte Apfel dem niedersächsischen NPD-Landesvorstand an, seit 1994 ist er Mitglied im Bundesvorstand. 1996 wurde Apfel zu einer Geldstrafe von 2700 Mark wegen „Abhaltung verbotener und nicht angemeldeter Versammlungen und Aufzüge ...“ verurteilt.

Apfel ist kein Mann der leisen Töne. So betonte er in einer Rede: „Wir, der ‘Nationale Widerstand’, sind die einzige, wirkliche Weltanschauungsbewegung ... mit der NPD als der organisierten Partei, die das politische System in der BRD bis auf die Wurzel bekämpft, auch die Wurzel abnimmt ... wir sind stolz darauf, dass wir ... in den ... Verfassungsschutzberichten stehen ... Jawohl wir sind verfassungsfeindlich.“ An anderer Stelle glorifizierte Apfel den Führer-Stellvertreter Heß als einen „der größten Männer der deutschen Geschichte“. In einer weiteren Rede führte er aus: „Nur wer deutsches Blut in seinen Adern fließen hat, kann für uns ein Deutscher sein.“ Als Ziel nannte Apfel schon mal die „Überwindung des gemeinsamen Feindes – des politischen Systems der BRD“.

Anton Maegerle

Provokationen

Neonazis am Brandenburger Tor / NPD will durch Kreuzberg marschieren.

Im Nachhinein war die Empörung in den Medien groß, als bekannt geworden war, dass am späten Abend des 25. August etwa 60 Neonazis mit Transparenten und Fahnen durch das symbolträchtige Brandenburger Tor in Berlin gezogen sind. Bevor die Polizei einschreiten konnte, waren die Rechten aber schon abgezogen und feierten den Coup später im Internet-

Ein Marsch von Neonazis durch das Brandenburger Tor hatte am 29. Januar 2000 weltweit für Empörung gesorgt. Im Anschluss haben Politiker aller Parteien immer wieder versichert, sie werden nicht mehr zulassen, dass die Rechten durch das Brandenburger Tor ziehen und so im In- und Ausland für entsprechende Bilder sorgen. „Die Polizei hat sich überrumpeln lassen.“, bekannte der Berliner Polizeichef Dieter Glietsch in mehreren Interviews. Dabei hatten die Rechtsextremen zuvor vor der Britischen Botschaft für die Herausgabe der Akten über den Hitlerstellvertreter Rudolf Heß demonstriert. Für die braune Szene ist Heß noch immer ein Märtyrer für die nationale Sache. Neben Angehörigen des Märkischen Heimatschutzes und der Kameradschaft Tor wurden auch Mitglieder der NPD und der in Berlin bisher inaktiven DVU unter den Demonstranten gesehen.

Nicht überrascht ist die Polizei über eine von der NPD angemeldete Demonstration gegen die Islamisierung Deutschlands, auf der Thorsten Heise und Eckard Bräuniger als Redner auftreten sollen. Ursprünglich wollten sie am 11. September durch den multikulturellen Stadtteil Kreuzberg demonstrieren. „Wir schauen nicht zu, wie unsere deutsche Hauptstadt zu einer Deutsch-Freien-Zone wird. Auch Kreuzberg ist ein Teil unseres Berlins“, heißt es in dem Aufruf. Mittlerweile hat die NPD die Demonstration auf den 25. September verschoben. Berlins Innensenator Ehrhard Körting hat bereits klargestellt, dass die Demonstration auf keinen Fall durch Kreuzberg führen wird.

Peter Nowak

"Unmöglich, die CD zu verteilen"

Die Betreiber der geplanten „Aktion Schulhof" kämpfen mit den Tücken des Systems.

Es ist wie das Warten auf den Weihnachtsmann. Viele haben von ihr gehört, aber nur wenige haben sie bislang zu Gesicht oder besser: zu Ohr bekommen. Die Rede ist von der Hass-CD „Anpassung ist Feigheit", mit der Neonazis und Freie Nationalisten auf Schulhöfen um Nachwuchs werben wollten. Aber mit ihrem „Projekt Schulhof" werden die Rechtsextremen nun selbst nicht so recht glücklich, und deshalb warten bislang selbst linke Beobachter der Szene vergeblich auf ein Musterexemplar der Hass-CD.

Dass der Sampler bislang nicht so recht unter's Volk gebracht wurde, liegt weniger an den rechtsextremen Initiatoren selbst. Sie hatten zunächst mit der Tücke des Objekts beziehungsweise der Unzuverlässigkeit eines Auftragnehmers zu kämpfen. Der Besitzer des Presswerkes, in dem die CD produziert werden sollte, wollte sich nicht versehentlich strafbar machen und übergab das Masterband, das zum Beispiel Titel wie „Im Krieg gegen ein Scheißsystem" enthält, kurzerhand dem Staatsschutz der Polizei zur Prüfung. Die Auftraggeber ließen deshalb ein Rechtsgutachten erstellen und überblendeten auf Grundlage dieses Gutachtens sogar einige Textpassagen des Machwerks. Die CD wurde dann schließlich in einem anderen Presswerk in Kornwestheim bei Stuttgart in der angekündigten Auflage von zunächst 50 000 Stück produziert. Dennoch beschert sie den Neonazis bislang weder keine Freude und schon gar keinen Nachwuchs, „weil das System nicht untätig blieb", wie es auf einer einschlägigen braunen Homepage heißt.

Aus der Hand von V-Leuten verfügt der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt über einige Exemplare des Samplers und konnte mit diesen Musterexemplaren und ein paar weiteren dezenten Hinweisen offenbar auch die Justiz mobilisieren. Das Amtsgericht Halle/Saale hat einen bundesweiten Beschlagnahmebeschluss für die CD erlassen. Grundlage dafür ist eine zum 1. April in Kraft getretene Neufassung des Jugendschutzgesetzes. „Die Neufassung dieses Gesetzes verbietet nicht nur das Verteilen, sondern auch schon das Vorrätighalten von schwer jugendgefährdenden Schriften", sagt der sachsen-anhaltische Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad aus Naumburg. „Und schwer jugendgefährdend sind die CDs aus unserer Sicht schon allein deshalb, weil auf ihnen Jugendliche zur Kontaktaufnahme mit Rechtsradikalen vor Ort aufgefordert werden."

Drohende Haftstrafe bis zu einem Jahr

Als einer der Drahtzieher der Aktion ist bislang nur Ludwig Willert aus Kuhlhausen im Norden Sachsen-Anhalts bekannt geworden. Der Mittdreißiger ist erst kürzlich aus Gütersloh nach Sachsen-Anhalt gezogen. Als Verleger rechtsradikaler Musik produziert er einschlägige Bands aus der Skinheadsszene, darunter das Trio „Sleipnir" aus Gütersloh. Dessen CD „Mein bester Kamerad" wurde vom Amtsgericht Ulm wegen Volksverhetzung beschlagnahmt und eingezogen. Über weitere Hintermänner und Drahtzieher der „Aktion Schulhof" hüllen sich Ermittler von Justiz und Verfassungsschutz bislang beharrlich in Schweigen. „Ermittlungstaktische Gründe" heißt es auf Nachfrage kurz und knapp. So ist Willert derzeit offenbar der Einzige, an den sich die Justiz in diesem Fall konkret halten kann. Denn bei ihm wurden im Rahmen einer Hausdurchsuchung zwar nicht die 50 000 CDs, sehr wohl aber ein Lieferschein über die braunen Tonträger gefunden. Auf Grund der neuen Rechtslage im Jugendschutz droht ihm nun eine Haftstrafe von bis zu einem Jahr.

„Dies macht es uns unmöglich, die CDs zu verteilen, da sich sonst die Initiatoren sowie jeder einzelne Verteiler strafbar machen würde", schreiben die Betreiber des Schulhofprojektes auf einer braunen Internetseite. Das „Projekt Schulhof" dürfte damit wohl gestorben sein, bevor es so richtig das Licht der Welt erblickt hat. In der rechten Szene gibt es allerdings schon Überlegungen, das Projekt nicht ganz zu beerdigen, sondern lediglich die Vertriebswege zu variieren. Danach soll die CD künftig eben nicht vor Schulen und auf Schulhöfen verteilt werden, sondern an informellen Jugendtreffpunkten wie etwa Bushaltstellen.

Eberhard Löblich

Tiefe Grabenkämpfe

Das neonazistische Netzwerk in Bremen ist wegen Streitigkeiten gespalten. Die bekannte Hool-Band „Kategorie C" hat ihre Trennung bekannt gegeben.

In der Bremer Neonazi-Musikszene tut sich zur Zeit einiges, die Hammerskin-nahe Band „Endlöser", die in diesem Jahr bereits an mehreren bundesweiten Konzerten unter anderem in Nordbayern mitwirkte, spielt eine neue CD im Studio ein. Die Band um Andreas Lohei dirigiert die braune Szene der Hansestadt maßgeblich mit. Außerdem sollen auch Kontakte ins Rotlicht- beziehungsweise Türstehermilieu bestehen. Mitglieder der Band unterstützen jetzt die ersten CD-Bemühungen der Hammerskin-Band „Hetzjagd" im Studio. Im Sommer dieses Jahres feierten die Bruderschafter der Bremer Hammerskins ihr 10-jähriges Bestehen mit einem konspirativen Konzert.
Seit Frühjahr existiert der „Heimdall"-Versand, in dem Bremer Online-Shop werden „Bekleidung und Tonträger für Skinheads" vertrieben. Offiziell läuft der Neonaziladen auf einen Jörg Borm, der allerdings ist in der Szene ein Unbekannter. Insider vermuten, dass der rührige rechte Aktivist Lutz H. hinter der kommerziellen Neugründung steckt. Bisher galt er als Anhänger der Kameradschaft Bremen-Nord, fungierte aber immer mehr als Organisator im Rechtsrockbereich.

Die Vernetzung der Neonazi-Szene ist in Bremen sehr eng, um so mehr spalten Streitigkeiten das Netzwerk. So zum Beispiel scheint Robert Warnecke, der ebenfalls an einem neuen rechten Versandhandel in der Hansestadt werkeln soll, inzwischen sehr umstritten in der Szene. Außerdem gibt es Querelen innerhalb der Bremer NPD-Führung, die bisherigen Kader Jörg Wrieden und Michael Kurzeja sind von der Bildfläche verschwunden. Die führenden JN-Aktivisten Janine Blass und Daniel Fürstenberg tummeln sich eher im niedersächsischen Umland. Hin und wieder taucht auch der vorbestrafte Neonazi Andreas Hackmann an den Parteiständen auf, ansonsten scheint er an der Anti-Antifa-Arbeit in der Hansestadt beteiligt zu sein. Beim Pressefest der NPD am 7. August im sächsischen Mücka und beim Heß-Marsch in Wunsiedel zwei Wochen später waren denn auch diverse Bremer Neonazi-Grüppchen vertreten: die Kameradschaft Hanseatic, die Jungen Nationaldemokraten, Hammerskins um Andre Sagemann, sowie Anhänger der Kameradschaft Weser-Ems um Robert Warnecke.

Bei der Worch-Kundgebung am 4. September in Hamburg erschienen aus dem Bremer NPD- und Kameradschaftsspektrum einzig die Bremerhavener Kader Jurkeit und Görmann. Anders als in Niedersachsen scheint es innerhalb der städtischen Neonazi-Partei keine einhellige Linie im Umgang mit den Kameradschaften und dem Worch-Spektrum zu geben. Einzig bei kleineren NPD-Veranstaltungen treten die Aktivisten gemeinsam auf. Auch Warnecke blieb dem offiziellen Konzert mit „Oidoxie" in Winterhude fern.

Kader sind von der Bildfläche verschwunden

Vieles deutet auf tiefe Grabenkämpfe in der Weserstadt hin. Als am 1. September jetzt die Trennung der bekannten Bremer Hool-Band „Kategorie C" auf den Seiten von „Endlöser" bekannt wurde, standen die Lästermäuler der Szene zur Stelle. So meckert ein „Sunwheel Soldiers" über KC-Sänger Hannes Ostendorf: „wenn man Sänger einer der dollsten deutschen NS-BH-Schieß-mich-tot-Bands ist, sollte man auch dazu stehen und nicht versuchen, sich durch anderweitige Musikprojekte bei unpolitischen Leutz beliebt zu machen". „Weserstolz", ein Neonazi aus Bremen-Nord schreibt, „vielleicht lebt eine Euch sicherlich bekannte Band wieder auf". Beide Gästebuchschreiber könnten sich auf „Nahkampf" beziehen, dessen Sänger Ostendorf sein soll. Der aber gab am Wochenende nach der offiziellen Trennung zunächst ein KC-Konzert mit Fremdbegleitung in der Nähe von Cottbus, der Rest der Band, so heißt es, „sei bereits dabei sich neu zu finden". Von finanziellen Unregelmäßigkeiten und veruntreuten Geldern als Trennungsgrund, wie man in Behördenkreisen mutmaßt, steht nichts auf den Bremer Neonazi-Internetseiten.

Andrea Röpke

"Kräftezerrendes Gegeneinander"

Funktionäre der Republikaner scheren sich nicht mehr um die von der Parteispitze verordnete Abgrenzung nach rechts.

Es hätte ein so schöner Sommer werden können für die Republikaner. Bei der Europawahl am 13. Juni hatten sie nach einer langen Phase des Niedergangs wider Erwarten nicht erneut verloren, statt dessen trotz gesunkener Wahlbeteiligung sogar in absoluten Zahlen zugelegt. Doch dann hagelte es für den Parteivorsitzenden Rolf Schlierer und seine geschäftsführende Stellvertreterin Uschi Winkelsett schlechte Nachrichten.

„Gestärkt und konsolidiert" seien die Republikaner, wollte Winkelsett am Tag nach der Europawahl dem Publikum weismachen. Dabei hingen unübersehbar die Gewitterwolken spätestens seit Jahresbeginn über der Partei. In vielen Regionen schert man sich nicht mehr um die vor allem von Winkelsett geforderte klare Abgrenzung zur noch weiter rechtsaußen stehenden Konkurrenz. Sie stützt sich auf einen Beschluss des Ruhstorfer Bundesparteitags im Jahre 1990 und auf spätere Beschlüsse des Parteivorstands. „Die Partei Die Republikaner lehnt weiterhin jede Annäherung, jede Absprache oder jede andere Form von Zusammenarbeit mit Parteien, Gruppierungen, die der sog. 'Alten Rechten' zugerechnet werden (NPD, DVU, DLVH, FAP etc.), ab", hatte der Vorstand 1995 entschieden.

Damit unvereinbar waren schon die Anbandeleien zwischen Republikanern und NPDlern im Rahmen des Nationalen Bündnisses Dresden und eines Wahlbündnisses in Chemnitz in der ersten Jahreshälfte 2004. Doch auch später schlugen regionale Parteivertreter über die Stränge. Die Sachsen machten der NPD den Weg frei, bei der Landtagswahl am 19. September allein auf dem Feld der Rechtsaußenwähler grasen zu können. Der Berliner Landesvorsitzende Reinhard Haese empfahl, in Brandenburg DVU zu wählen: „Es gilt, die DVU als einzige im Landtag vertretene Rechtspartei zu unterstützen." Und sein Landesvorstand veröffentlichte eine Erklärung, in der festgestellt wird: Zwar gebe es zwischen den rechten Parteien „einige bedenkenswerte Unterschiede" – sie würden aber „keineswegs ein endloses kräftezehrendes Gegeneinander" rechtfertigen. „Unser Durchschnittswähler will keine rechten Wettkämpfe erleben, sondern ein klares Angebot vorfinden." Auch im Westen bildeten sich Bündnisse, die es eigentlich gar nicht geben dürfte: In Lüdenscheid kandidiert der NPD-Landeschef auf der Stadtratsliste mit dem Republikaner-Label; in Düsseldorf ist es der DVU-Kreisvorsitzende, der auf einer offenen REP-Liste gemeinsam mit dem Partei-Vize Björn Clemens antritt.

Wo schon bekanntere Funktionäre derart aus der Reihe tanzen, ist das – in Internetforen noch dazu möglicherweise anonyme – Fußvolk gar nicht mehr zu bändigen. Die Wächter über das Republikaner-Forum im Internet kamen mit dem Entfernen von unliebsamen Beiträgen phasenweise gar nicht mehr nach – bis dann Anfang September auf der Internetseite nur noch zu lesen war: „Das Diskussionsforum wird momentan neu strukturiert und ist daher bis auf weiteres geschlossen."

Zur Begradigung der Fronten eilte Reinhard Rupsch, der geschäftsführende stellvertretende NRW-Landesvorsitzende, herbei, um die Abgrenzung zu (fast) allen anderen Rechtsparteien zu bekräftigen. Als „konservative patriotische Partei" skizziert er die Republikaner in seinem Text, der an prominenter Stelle auf der Homepage der Partei zu finden ist. „Pluralismus, Demokratie und soziale Marktwirtschaft" beschwört er als „Grundlagen für unsere Freiheit und das Wohlergehen Deutschlands". Die Republikaner seien außerdem der Überzeugung, „dass deutsch zu sein nicht so sehr eine Frage der Abstammung ist, sondern vielmehr durch Denken, Kultur, Lebensart und Ethik bestimmt wird". Rupsch weiter: „Die anderen rechten Parteien – mit Ausnahme vielleicht der DP – stehen hierzu im Gegensatz. Wenn andere von Deutschland sprechen, dann meinen sie nicht diese Republik. Das aber ist der entscheidende Punkt: eine andere Republik ist mit uns nicht zu machen!" Ob er selbst glaubt, dass die Basis solchen Vorgaben folgen könnte, muss offen bleiben. Fakt ist jedenfalls, dass Rupsch ein paar Tage nach der Veröffentlichung des Textes aus der Partei austrat.

Tomas Sager

Ausland

Ende einer Ära

Der Gründer der Aryan Nations ist verstorben.

Mit dem Tod von Richard Girnt Butler, dem Gründer der Neonazi-Organisation Aryan Nations, verliert die rechtsextreme Szene in den USA einen ihrer bekanntesten Köpfe. Mehr als drei Jahrzehnte lang stand der selbst ernannte Pastor, der in den Medien oftmals als „elder statesman of hate“ tituliert wurde, an der Spitze der Organisation, deren Hauptquartier im nördlichen Idaho in den 80er-Jahren zu einem Zentrum der white supremacy-Bewegung und zum Sammelbecken für Rechtsextremisten, Regierungsgegner und radikale Fanatiker aller Art wurde. Noch im Juli hatte er in einem Stuhl auf der Ladefläche eines Pick Ups an einem Aufmarsch im Rahmen des Aryan Nations-Weltkongresses durch die Stadt Coeur d'Alene teilgenommen. Butler verstarb am 8. September im Alter von 86 Jahren in seinem Haus in Hayden, Idaho.

Butlers unrühmliche Karriere begann kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Ingenieur und Kriegsveteran der antisemitischen Christian Defense League des ehemaligen Methodisten-Predigers Wesley Swift beitrat. 1971 zog Butler nach Idaho und gründete die paramilitärische Gruppe Aryan Nations, die sich schon bald an die Spitze der rechtsextremen Bewegung setzte und in den 80er-Jahren mehrere tausend Mitglieder zählte. Von seinem zur Festung ausgebauten und von bewaffneten Sicherheitskräften abgeschirmten Wohnsitz aus propagierte Butler den Kampf um das Überleben der weißen Rasse. Während eine Reihe seiner Anhänger wegen diversen Gewaltverbrechen verurteilt wurden, konnte Butler selbst nie belangt werden. Ein entscheidender Schlag gegen die Organisation gelang erst 2001. Nach einem Angriff des AN-Wachpersonals auf eine Frau und deren Sohn wurde Butler zur Zahlung von US-Dollar 6,3 Millionen verurteilt und damit zum Verkauf des Grundbesitzes gezwungen. Mit der Basis seiner Aktivitäten ging auch viel von Butlers Einfluss auf die Szene verloren.

Michael Funk

"Heiliger Boden"

US-Rassisten huldigen den weißen Siedlern.

Rechte in Großbritannien und den USA haben ein neues Thema für sich entdeckt: die Umwelt. Die British National Party (BNP) betreibt seit einiger Zeit eine Website namens „Land and People“. Das Projekt geht auf eine Kampagne zurück, mit der die rechtsextreme Partei vor einigen Jahren versuchte, Zugang zur britischen Farm- und Landbevölkerung zu erlangen. Erklärtes Ziel ist die Verknüpfung der Themen Rasse, Umwelt und Wirtschaft. Die BNP wolle sich verstärkt für die Verfolgung von Umweltverschmutzung, eine Rückkehr zu landwirtschaftlicher Selbstversorgung und die Abkehr vom kurzsichtigen Profitdenken des „agrar-wirtschaftlichen Monopols“ einsetzen. Dabei gehe es vor allem um die Bewahrung des traditionellen Lebensstils der britischen Urbevölkerung in den ländlichen Gebieten, die mit einer deutlichen Absage an den „brutalen Modernismus der 60er-Jahre-Architektur“ verbunden sein müsse.

Ähnliche Ideen existieren auch auf der anderen Seite des Atlantiks, wo die Neonazi-Organisation National Alliance für den September ein „white supremacy“-Event in den Höhen der kalifornischen Sierra Nevada angekündigt hat. Unter dem Motto „Folk the System 2004“ haben die Organisatoren alle Kameraden entsprechender Abstammung und Gesinnung im September zu einem Familien-Volksfest mit Musik, keltischen Spielen und christlichen Messen eingeladen. Das Festival ist als pan-europäische „racial unity“-Feier mit germanischen, slawischen, mediterranen und keltischen Gästen deklariert. Der Austausch zwischen den Teilnehmern verschiedener Gruppen findet dabei bewusst in der reinen, inspirierenden Atmosphäre der Gebirgshöhen statt, deren „heiliger Boden“ im 19. Jahrhundert von weißen Siedlern auf ihrem Weg zur Westküste erschlossen wurde. In einer Zeremonie wird an die Entbehrungen der Pioniere in ihrem Kampf gegen „brutale Mestizen und wilde Indianer“ erinnert. Für den musikalischen Teil des Festivals sorgen Bands wie „Patriot Call“, „Frontline“ oder „Prussian Blue“.

Michael Funk

Demokratische Initiativen

Hilfestellung für die Helfer

Die Beratungsarbeit für Eltern rechtsextremer Kinder benötigt qualifizierte Unterstützung.

Spätestens wenn ihre Kinder durch Straftaten und Gerichtsverfahren als rechtsextrem aufgefallen sind, suchen viele Eltern Beratungsstellen auf. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Jugendämtern oder in Einrichtungen für ausstiegswillige Rechtsextremisten erhoffen sie sich einfache Anleitungen, wie der straffällig gewordene Sprössling wieder „auf Kurs“ gebracht werden kann. Diese Erfahrung machen, so weiß Martin Ziegenhagen vom Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie, die meisten Beraterinnen und Berater, die sich um die Eltern von rechtsextrem orientierten Kindern kümmern.

In Erziehungsberatungen, bei der Polizei, bei „Exit“ oder auch in Mobilen Beratungsteams arbeiten Menschen mit unterschiedlichsten Qualifikationen; wie mit Rat suchenden Eltern rechtsextremer Jugendlicher umzugehen ist, gehört nicht dazu. So erzeugte die verstärkte Nachfrage nach spezieller Schulung ein entsprechendes Angebot. 2003 fand erstmals eine dreiteilige Zusatzqualifikation für Beraterinnen und Berater statt. Ende November startet die zweite Auflage der Weiterbildungsreihe in Bremen unter dem Titel „Rechte Jungs – Rechte Mädchen – Ratlose Eltern“.

„In der Beratungspraxis ist der Erstkontakt entscheidend“, weiß Martin Ziegenhagen. Da aber viele Eltern rechtsextrem orientierter Kinder mit dem – unerfüllbaren – Wunsch nach schneller Hilfe aufträten, den die Berater nur enttäuschen könnten, komme häufig erst gar kein richtiges Gespräch zustande. „Viele Eltern sind Teil des Problems“, so Ziegenhagen. In der Beratungspraxis werde oft deutlich, dass die Eltern selbst durch fremdenfeindliche oder antisemitische Äußerungen die rechtsextreme Orientierung ihres Kindes mit angestoßen oder unterstützt hätten.

Daneben gibt es auch Eltern, die den Kontakt zu ihren heranwachsenden Kindern allmählich verloren haben oder die mit den nötigen Auseinandersetzungen überfordert sind. In jedem Fall gehe es jedoch darum, so hat Martin Ziegenhagen selbst in den Seminaren für Berater erfahren, den Eltern ihre (Mit-)Verantwortung für die Handlungen ihrer Kinder deutlich zu machen. Fingerspitzengefühl gehöre dazu, aber auch ein möglichst umfangreiches methodisches Wissen. Dann könne sich der Kontakt mit einer Beratungseinrichtung verstetigen – und die eigentliche Arbeit mit den Eltern und möglicherweise in der Folge auch mit dem dazu gehörigen Kind beginnen.

In der Seminarreihe erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Jugendarbeit, Ausstiegsprogrammen, Mobilen Beratungsteams und anderen einschlägigen Einrichtungen einen ganzen Strauß an praktischen Hilfestellungen und methodischen Grundlagen, um ihre Beratungsarbeit erfolgreich zu gestalten. In drei jeweils dreitägigen Seminarblöcken befassen sie sich mit den ideologischen Hintergründen des Rechtsextremismus, mit Eltern-Kind-Beziehungen sowie mit Gesprächsführung und Beratungskompetenz.

Die Seminarreihe wird von Jens Eckhard Fischer vom Norddeutschen Institut für Kurzzeittherapie fachlich geleitet. Wie die Erfahrungen mit dem ersten Seminardurchlauf 2003 zeigen, richtet er seine Arbeit sehr praktisch aus. Die zwölf damaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer simulierten beispielsweise Beratungssituationen und diskutierten Videos von realen Beratungsgesprächen. Dieser Ansatz der Weiterbildung sei bei den Teilnehmenden sehr gut angekommen, sagt Martin Ziegenhagen, dessen Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie zu den Mitveranstaltern der Weiterbildung gehört. Das Angebot wird mit Mitteln des Bundesprogramms „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ gefördert und soll noch zwei weitere Male wiederholt werden.

(Termine des nächsten Seminardurchlaufs: 24. bis 26.11.2004, 26. bis 28.01.2005 und 14. bis 16.03.2005 jeweils im Lidice-Haus in Bremen; www.lidicehaus.de; Tel. 0421/692 72-13; Unkostenbeitrag für Unterkunft, Verpflegung und Programm: 250 Euro, Anmeldungen bis 1. Oktober 2004.)

Gudrun Giese

Herausragendes Engagement

Auszeichnung für Hilde Schramm.

Kinder von NS-Tätern gehen unterschiedlich mit ihrem Elternhaus um. Einige haben ihren Namen geändert, andere sich bewusst abgewendet, eine dritte Gruppe blieb in der Tradition des Vaters. Weibliche NS-Prominenz hat es so gut wie nicht gegeben. Der Sohn des Generalgouverneurs Hans Frank ist bis heute nicht müde geworden, über die NS-Zeit und deren Verbrechen aufzuklären. Sein Vater, der in Polen gewütet hat, wurde in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet. Ganz anders die Tochter des SS-Reichsführers-SS Heinrich Himmler. Sie spielt seit Jahrzehnten eine führende Rolle bei alten und neuen Nazis – vor allem im Bayern, woher der Vater stammte, der 1945 nach seiner Festnahme durch britische Truppen seine Zyankalikapsel zerbiss.

Hilde Schramm, die Tochter von Hitlers Rüstungsminister Albert Speer, ist einen eigenen Weg gegangen. Sie hat zwar nie – jedenfalls öffentlich – zu ihrem Vater Stellung bezogen, aber aus dessen Schatten wollte oder konnte sie nicht heraustreten. Als Mitglied der Grünen kümmerte sie sich in Berlin um Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schulen. Die Mutter zweier Kinder, studierte Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin, gründete 1994 zusammen mit einer Freundin die Stiftung „Zurückgeben" und versucht, jüdischen Künstlerinnen und Forscherinnen zu helfen. Aus ihrem Erbe hat sie drei Gemälde zurückgegeben, weil deren Herkunft nicht eindeutig geklärt ist. Seit kurzem ist Hilde Schramm Vorsitzende des Vereins „Kontakte / Kontakty", der ehemaligen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen hilft, die von der Bundesstiftung keine Entschädigung erhalten haben. Hilde Schramm, 1936 in Heidelberg geboren, dürfte als Kind an ihren Vater kaum Erinnerungen haben. Als sie zur Welt kam, war er bereits Reichsminister in Berlin. 1946 wurde er in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Am 6. September hat Hilde Schramm in Berlin für ihr Engagement den „Moses-Mendelsohn-Preis" erhalten. Glückwünsch!

Heiner Lichtenstein

Am Rande

"Führerwein"

Flaschen mit Hitler-Etikett sind Verkaufsschlager

Wem es nach „Führerwein" gelüstet, der wird im norditalienischen Undine fündig. „Bitterer Nachgeschmack" überschreibt das „Time Magazin" einen Beitrag von Michael Blumenthal, dem etwas Schockierendes widerfuhr: „Es ist doch wohl nicht alltäglich, mit der Möglichkeit konfrontiert zu sein, eine Flasche Wein zu kaufen, die das Bild des Mannes trägt, der deine Eltern zu vergasen versucht hat", fasst Blumenthal sein Erlebnis zusammen. Auf dem Wege von Marseille nach Ungarn machte er an einer Tankstelle halt, wo in den Regalen ganze Batterien von Flaschen mit Porträts von Hitler, Himmler, aber auch Stalin und Mussolini standen, die Merlot, Burgunder, Cabernet, Sauvignon enthielten und 11 Euro kosteten.

Der Name „Führerwein" prangt in großen Lettern unter dem Hitler-Brustbild und dem Eisernen Kreuz auf dem Etikett des Verkaufsschlagers des 38-jährigen Winzers Andrea Lunardelli aus Undine. Er verkauft diesen Wein seit 10 Jahren, bekennt er dem jüdischen Besucher aus Amerika. Manchmal habe er Ärger wegen der Etiketts. „Aber wir nehmen sie, weil die Leute das wollen. Es sind nicht die Italiener, die den Wein mit dieser Art von Etikett kaufen. Die Mehrheit sind Deutsche und Österreicher." Blumenthal fragte Lunardelli, was er denn jemandem wie ihm antworten würde, dessen Familienmitglieder durch den Mann ermordet oder verfolgt worden sind, den er als Verkaufsgag benutzt. Man habe nichts gegen die Gefühle einer solchen Person, entgegnete der Winzer. Er sei nicht glücklich darüber und habe auch alle Hakenkreuze aus den Etiketts entfernt. „Für uns ist das nur Marketing." Nach den deutschen Gesetzen, vermerkt „Time", ist der Handel unter Verwendung von Hitlerbildern oder Nazisymbolen untersagt. Nicht verboten sei der Import von Hitlerwein für den privaten Verbrauch. Wie sieht es wohl in den Köpfen der Leute aus, die das bei Lunardelli kaufen?

Ralf Bachmann

Meldungen

Flüchtiger Gewalttäter gefasst

Frankfurt/Oder – Nach über drei Monaten wurde der bundesweit gesuchte flüchtige Neonazi Ronny Brettin (Jg. 1976) gefasst. Der erheblich vorbestrafte Brettin hatte gemeinsam mit vier weiteren Mittäterinnen und -tätern am 5. Juni dieses Jahres den 23-jährigen Gunnar S. im Frankfurter Stadtteil Neuberesinchen überfallen und entführt. In einer Wohnung wurde S. dann stundenlang gefoltert. Nur durch eine Notoperation konnten die Ärzte das Leben des Opfers retten. Brettin ist nach Angaben der Frankfurter Staatsanwaltschaft extrem gewaltbereit und habe schon bisher „die ganze kriminelle Palette" von rechtsextremen politischen Delikten bis hin zu Raub aufzuweisen gehabt. Er sei erst im vorigen Jahr aus der Haft entlassen worden. (am)

Braunes Fußballturnier

Haberschlacht – Auf dem Gelände eines Sportplatzes im baden-württembergischen Haberschlacht bei Brackenheim (Kreis Heilbronn) kontrollierte die Polizei am Morgen des 28. August rund 120 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet sowie der Schweiz. Sie hatten sich zu einem Fußballturnier der Skinhead-Gruppierung „Furchtlos und Treu" auf dem Sportplatz im württembergischen Unterland versammelt. Das braune Fußball-Turnier fand bereits zum dritten Mal statt. Furchtlos und Treu wurden 1999 von Mitgliedern der „Blood&Honour"-Sektion Württemberg und von der „White Youth" Württemberg gegründet. (xy)

NPD-Hochburgen im Saarland

Saarbrücken – Bei den Landtagswahlen im Saarland am Sonntag, den 5. September erzielte die NPD ein Ergebnis von 4 Prozent (17 584 Wählerstimmen; 1999 war sie nicht angetreten). Nach Angaben der Meinungsforscher schnitt die die rechtsextreme Partei insbesondere bei den Jungwählern mit 11 Prozent besonders stark ab. Ebenso votierten in hohem Maße die Arbeitslosen (12%) sowie Arbeiter (9%) für die NPD. In den drei saarländischen Wahlkreisen lag das NPD-Ergebnis bei 4,9 Prozent (WK Saarbrücken), 3,9 (WK Neunkirchen) sowie 3,0 Prozent (WK Saarlouis). Ihren absoluten Spitzenwert von 9,7 Prozent erreichte die NPD in Völklingen, dort hatte sie bei der Kommunalwahl im Juni 9,6 Prozent und 5 Stadtratsmandate erzielt. Über die Fünf-Prozent-Marke gelangte die NPD bei der Landtagswahl in den Kommunen: Großrosseln (6,2%), Bexbach (5,9%), Neunkirchen 5,6%), Sulzbach (5,4%), Friedrichstahl (5,1%). Mit überdurchschnittlichen Wahlergebnissen wartet die NPD noch in folgenden Städten und Gemeinden auf: Homburg (4,99%), Nonnweiler (4,7%), Namborn (4,6%), Saarbrücken (4,6%), Kleinbittersdorf (4,4%), Ottweiler (4,2%), Schiffweiler (4,1%). (bnr)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de